

Frühfranzösisch: Tais-toi, Bundesrat!

Ein Kurzkommentar.

20.09.2025, 21.45 Uhr  1 min



Zur Begründung für die verbindliche Einführung führt der Bundesrat die «cohésion nationale» ins Feld, den nationalen Zusammenhalt.

Gaëtan Bally / Keystone

Per Gesetz will der Bundesrat die Kantone zwingen, Kinder ab der fünften Klasse in einer zweiten Landessprache zu unterrichten. Auslöser für diese Einmischung in die kantonale Bildungshoheit ist der Entscheid des Kantons Zürich, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe zu verschieben.

Zur Begründung führt der Bundesrat die «cohésion nationale» ins Feld, den nationalen Zusammenhalt. Als ob dieser davon abhinge, ob unsere Schulkinder zwei Jahre früher oder später Französisch sprechen. In Wahrheit geht es hier nicht um Bildungspolitik, sondern um «politique pour la galerie» – Symbolpolitik für die welsche Schaufensterfront.

Wenn der Bundesrat sich wirklich um den Zusammenhalt des Landes sorgt, sollte er den Schulen Freiraum lassen, statt ihnen einen Sprachenunterricht aufzuzwingen, der kaum etwas bringt. Die grosse Herausforderung liegt anderswo: in der Integration einer zunehmend heterogenen Schülerschaft und der Vermittlung grundlegender Kompetenzen wie Deutsch. Dafür braucht die Schule mehr Ressourcen. Dort entscheidet sich, ob unsere Gesellschaft in Zukunft zusammenhält – nicht an ein paar Vokabeln mehr oder weniger am Ende der Schulzeit.